Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 211 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Sonnabend, 22. Mai

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Sonnabends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 629. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saal

Ein neuer Streich des Reichskanzlers Müller

Obergenosse Hermann Müller, zurzeit Reichskanzler, ist von den sogenannten Mehrheitssozialdemokraten im Wahlkreise Franken als Reichstagskandidat aufgestellt. Er muß nun auch in die Arena der Wahlagitation hinabsteigen. Uns Deutschen kommt es ja noch etwas seltsam an, daß der Kanzler des Deutschen Reiches sich in Wählerversammlungen mit ihren nicht immer erfreulichen Nebenerscheinungen um die Stimmen bemühen muß. Aber das ist nun einmal eine Folge des parlamentarischen Systems. Ohne Mandat kann Herr Müller nicht Kanzler oder Minister sein, und um ein Mandat zu haben, muß er nach dem jetzigen Wahlrecht Parlamentarier sein. Nun könnte selbstverständlich ein Reichskanzler, falls wenigstens an ihm etwas mehr als ein Zoll Kanzler ist, immerhin so auftreten, daß er auch in der Wahlversammlung nicht ganz zum Parteiagitator hinabsinkt. Daß Herr Müller das tun würde, hat freilich wohl von vornherein niemand erwartet. Er, trotz seiner Stellung als Reichskanzler, ist ja wie alle jetzt am Ministertisch sitzenden Sozialdemokratenführer gar nicht fähig, auch dann, wenn sie im Namen der Regierung sprechen, sich anders zu geben wie als sozialdemokratische Agitationsredner. Sie fallen stets aus der Rolle des Regierungsvertreters, oder vielmehr sie finden sich überhaupt gar nicht in eine solche Rolle hinein. Sie sind und bleiben Obergenossen, die sprechen, auftreten und sich gebaren wie vor einer sozialdemokratischen Volksversammlung. Einzig, beschränkt, mit Schlagwörtern arbeitend und in solchen befangen, verständnislos und böswillig verstockt gegen Andersdenkende und Ueberzeugung Andersdenkenden, mißbrauchen sie ihre Stellung als Minister oder sonstige Regierungsvertreter, um die anderen, besonders die nationalen Parteien zu bekämpfen, zu beschimpfen und zu verdächtigen, und um eine durch und durch unwahre Reklame für ihre sozialdemokratische Partei zu machen.

Danach konnte man sich vorstellen, wie es ausfallen muß, wenn Reichskanzler Müller in Nürnberg in der Wahlversammlung spricht. Von der Würde, die der Nachfolger Bismarcks doch wenigstens etwas zeigen sollte, keine Spur, vor allem nicht von nationaler Würde. Obergenosse Müller ist in der fränkischen Industriezentrale mit einer starken unabhängig-sozialistischen Strömung zu rechnen; und unsere sogenannten Mehrheitssozialisten haben ihren radikalen feindlichen Brüdern gegenüber ja nie den richtigen Ton gefunden. Sie suchen sie einigermaßen bei Laune zu halten, indem sie ihren verhetzten Gedankengängen möglichst weit nachgehen. So glaubte denn auch Genosse Müller, ein Uebriges tun zu müssen dadurch, daß er dem bei den Roten so verhaßten „Militarismus" einen recht bösartigen Hieb versetzte. Natürlich hieb er dabei gründlich vorbei und traf das deutsche Volk in sehr empfindlicher Weise. Er betonte nämlich: Deutschland sei entschlossen, Nordfrankreich wieder aufzubauen, weil es weit über die Kriegsnotwendigkeit hinaus vom deutschen Militarismus vernichtet worden sei. Daß diese Wendung schon rein sachlich unzutreffend ist, bedarf keiner langen Auseinandersetzung. Herr Müller hätte sagen sollen: Wir müssen uns jetzt damit abfinden, für den Wiederaufbau Nordfrankreichs schwere Opfer zu bringen, nachdem wir durch sozialistische Zermürbungsagitation den Krieg verloren haben, und nachdem unsere Revolutionsregierung durch die Unterzeichnung des Schuldeingeständnisses den Feinden den Rechtsgrund für den unmenschlichen Gewaltfrieden von Versailles geliefert hat. Daß Obergenosse Müller das nicht sagen mochte, ist begreiflich. Geradezu ungeheuerlich aber ist, daß er statt dessen die obige furchtbare Beschuldigung gegen die deutsche Wehrmacht ausstieß. Obergenosse Müller weiß selbstverständlich sehr genau, daß die Verwüstung Nordfrankreichs zum weit größeren Teil durch die Feinde selbst, durch die rücksichtslose Tätigkeit der englischen Artillerie und die amerikanischen Geschosse erfolgt ist. Ob von deutscher militärischer Seite mehr zerstört worden ist, als die Kriegsnotwendigkeit erforderte, darüber steht Herrn Müller, der da in seiner Weise als Fachmann mitsprechen kann, nicht das mindeste Urteil zu. Und selbst wenn das wirklich seine subjektive Ansicht wäre, so hätte er als Deutscher die Pflicht, den Mund zu halten. Vollends aber als Reichskanzler und im gegenwärtigen Augenblick. Soeben beraten die Feinde, welche ungeheuren Tribute sie aus Deutschland herauspressen wollen; Frankreich entwickelt den teuflischen Plan, die „Mindestforderung" beliebig je nach der etwa erwachenden Leistungsfähigkeit Deutschlands emporzuschrauben, also das deutsche Volk für alle Zeit wirtschaftlich verbunden zu lassen. Und da stellt sich der Mann, der sich unter dem heutigen System der deutsche Reichskanzler nennen darf, vor die Oeffentlichkeit und gibt durch eine böswillige Beschuldigung unserer Wehrmacht den Feinden die Handhabe zur Rechtfertigung selbst der wahnwitzigsten Rachepläne. Die Franzosen können sich ja jetzt auf den deutschen Reichskanzler berufen, wenn sie ihre Forderungen noch immer weiter erhöhen. Und wenn das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft darüber vollends zugrunde geht, so trägt die entsetzliche Verantwortung dafür zum erheblichen Teil der Obergenosse Müller, der, um sein Mandat zu sichern, so das deutsche Vaterland den Feinden ans erbarmungslose Messer liefert.

Der Abschied der Nationalversammlung

Kundgebung des Reichspräsidenten

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten und verliest die folgende Erklärung des Reichspräsidenten Ebert:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Tage schließt einer der bedeutungsvollsten Abschnitte im parlamentarischen Leben Deutschlands. Seit dem 6. Februar 1919 waren Sie die Träger einer politischen Entwicklung, die so überreich an Geschehen, Arbeiten und Leiden wie wenige gewesen ist. Sie waren berufen, unter den schwersten Umständen die schwersten Entschließungen zu fassen und Ihre Arbeit dann Tag für Tag, Stunde für Stunde unter den inneren Erschütterungen der Nachkriegszeit und unter den Drohungen der Gegner von außen zu leisten. Wenn es Ihnen trotzdem gelungen ist, die Grundmauern für eine neue politische und wirtschaftliche Wiedererhebung des deutschen Volkes zu errichten, so ist es mir Ehre und Pflicht, Ihnen für alles Geleistete zu danken. Die Fülle der Arbeit, die hinter Ihnen liegt, zeigt sich am deutlichsten, wenn wir an das Trümmerfeld denken, das am Tage des Waffenstillstandes vor uns lag. Es galt nicht nur, ein Volk aus den Blutopfern des Krieges, aus der dumpfen Verzweiflung der endgültigen Niederlage zurückzuführen, ihm Arbeit und Brot zu schaffen und es an Freiheit und Selbstzucht zu gewöhnen, sondern vor allem die ganze Volkswirtschaft, das ganze Denken und Fühlen, die Anschauungen eines ganzen Volkes den neuen Verhältnissen anzupassen. Es galt, dem deutschen Volke im Wege der Selbstbestimmung neue Formen seines Daseins, die neue Verfassung zu geben, und damit das Fundament zu schaffen, auf dem sich die gegenwärtige und kommende Geschichte des deutschen Volkes aufbaut. Die Rückwirkungen des Krieges auf die Weltwirtschaft, die Entwertung unseres Geldes und unserer Geldkredite mit allen ihren Folgen zwangen, in unserem Wirtschaftsleben eine grundlegende Neugestaltung der Stellung des Arbeitnehmers in Industrie und Handel eintreten zu lassen im Sinne der Mitwirkung aller schaffenden Volkskreise bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen. Der Zusammenbruch des alten Heeres machte die Schaffung einer neuen Wehr notwendig, die kein Instrument einer irgendwie gearteten Kriegspolitik sein konnte. Alle diese Um- und Neugestaltungen sind noch im Fluß. Das Ergebnis der deutschen Revolution ist noch auf keinem Gebiet abgeschlossen. Da und dort haben wir bittere Rückschläge erlitten, ich erinnere nur an den Kapp-Putsch mit seinen katastrophalen Folgen. Sie aber haben das Verdienst, neue Grundfesten in das Chaos hineingebracht zu haben, und wenn einst das Richtefest der neuen Republik gefeiert wird, dann wird man Ihrer als der ersten Baumeister der Republik in Treue gedenken.

Sie gehen nun hinaus, um den Kampf um den neuen Reichstag zu führen. Erlauben Sie mir in dieser letzten Stunde der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung an die erste zu erinnern, als ich die Ehre hatte, Sie im Namen der Reichsregierung zu begrüßen. Damals habe ich unter Ihrer Zustimmung gesagt, erst mit dem Selbstbestimmungsrecht wird das deutsche Volk zurückkehren zu gesetzmäßigen Zuständen. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich in seinen Grundlagen zu erschüttern. Ich möchte diese Worte, die am Beginn der Nationalversammlung gesprochen wurden, heute an der Schwelle des neuen Reichstages wiederholen. Nur die geistigen Waffen sind die einzig erlaubten für Sie alle, welcher Partei die Damen und Herren immer angehören und für welche sie in den nächsten Wochen werben sollen. Des Namens und der Erziehung des deutschen Volkes wegen ergeht an Sie alle die inständige Bitte: Zeigen Sie in dem erbitterten Wahlkampf Ihren Anhängern den Weg der Gesetzmäßigkeit als den einzigen, der aufwärts führt. (Zurufe bei den Unabh.: Ausnahmezustand! — Lebh. Beifall bei der Mehrheit.) Nur wenn Sie den Gedanken der Verschwörung abschwören, kann Deutschland wieder erstehen. Das ist mein heiliger Wunsch an den ersten Reichstag der Republik, daß er eine gewaltige Mehrheit für den geistigen Kampf und gegen die Gewaltpolitik bringen wird.

Reichskanzler Müller:

Die Verfassunggebende Nationalversammlung, das erste Parlament der deutschen Republik, steht am Ende ihrer Tagung. Sie werden es verstehen, wenn ich als der aus Ihrer Mitte hervorgegangene Reichskanzler diesen bedeutungsvollen Augenblick nicht vorübergehen lasse, ohne unserer gemeinsamen fünfvierteljährigen Tätigkeit zu gedenken. Dem feierlichen Auftakt, mit dem die Nationalversammlung in Weimar begann, steht kein Ausklang von gleicher Feierlichkeit gegenüber. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Wir alle sind seit Tagen und Wochen mit Herz und Hirn bei der Wahlarbeit für unsere politischen Ziele und Ideale. Während die Tagungsseit der Nationalversammlung zu Ende geht, ist der neue erste Reichstag im Entstehen begriffen. Damit tritt unsere hauptsächlichste Rolle, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, erst recht eigentlich in das Leben und Bewußtsein des deutschen Volkes und wird zu einem tragenden Bestandteil seines staatlichen Lebens. (Zuruf bei den Unabh.: Belagerungszustand!) Wie immer der neue Reichstag zusammengesetzt sein wird, seine Mehrheit und seine Arbeit wird abhängig sein von den hauptsächlichsten Entschließungen der Nationalversammlung, vor allen Dingen von dem Friedensschluß, dem die Mehrheit dieses Hauses in der erschütterndsten Sitzung, die ein deutsches Parlament je erlebte, zugestimmt hat, um die schlimmsten Bedrohungen vom Reiche abzuwehren. Der Friedensvertrag wird die Ziele und Grenzen des politischen Arbeitens jedes deutschen Reichstages bestimmen, er wird für jeden einzelnen Deutschen Würde und Schicksal bedeuten.

Wir haben fünf Vierteljahre in Gutem und Bösem in schier unerträglichem Ringen um des deutschen Volkes Leben arbeiten müssen. Erst die Verfassung hat das Haus aufgerichtet, in dem das deutsche Volk einig in seinen Stämmen, von dem Willen beseelt, Freiheit und Gerechtigkeit zu befestigen, sein neues politisches Leben führen soll. Damit war die Grundlage gegeben, auf der Deutschland seinen Arbeiten und seinen geistigen Kämpfen nachgehen konnte. Wir haben auch den finanziellen und politischen Wiederaufbau in Angriff genommen. Wir haben den Gedanken der unauflöslichen Zusammengehörigkeit und der Vereinheitlichung gemeinsamer Besitztümer, wie der Steuerquellen und der Verkehrsmittel, zum Ausdruck gebracht. Wir haben daneben die Liquidierung des verlorenen Krieges durchgeführt. Möge das deutsche Volk in Gutem und Bösem unverbrüchlich zusammenhalten in der Schicksalsgemeinschaft, die wir nicht selber gestalten konnten, sondern in dem militärischen Zusammenbruch im November 1918 übernehmen mußten. Selten hat ein Parlament einer versunkenen Epoche sich wie die Nationalversammlung gezwungen gesehen, seinem Volke so bittere Arznei zu reichen, um es über die schlimmste Krisis hinwegzubringen. Niemand von uns wird in solcher Zeit der Wirrnis diesen Dank erwarten. Der Tag, der der Nationalversammlung Gerechtigkeit widerfahren läßt, wird aber kommen. Wir haben nach Pflicht und Gewissen gearbeitet für unsere ganzes schwergeprüftes Volk. Wenn wir nicht alles erreichten, so lag nicht zuletzt die Schuld daran, daß der Geist des wahren Friedens in Europa noch lange nicht seinen Einzug gehalten hat. (Beifall.) Bessere Tage für uns und für die Menschheit werden erst dann kommen, wenn die Ueberzeugung, daß Europa ohne ein gesundes Deutschland nicht dauernd gesunden kann, Gemeingut der europäischen Staatsweisheit geworden sein wird. (Sehr richtig!) Dazu ist es höchste Zeit, wenn nicht Europas Kultur dauernd schweren Gefahren ausgesetzt sein soll. Diese Gefahren richtig und rechtzeitig erkannt zu haben und demgemäß unter den allerschwierigsten Verhältnissen gearbeitet zu haben, wird die objektive Geschichtsforschung einst der scheidenden Nationalversammlung als ihr großes Verdienst buchen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. v. Payer (Dem.): Meine Damen und Herren! Ich glaube Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich, bevor wir auseinandergehen, unserem verehrten Herrn Präsidenten den Dankes Hauses ausspreche. (Bravo!) Als wir in Weimar auseinandergingen, haben wir geglaubt, wir haben den Höhepunkt unserer geschäftlichen Inanspruchnahme und den Höhepunkt der Leidenschaftlichkeit unserer geschäftlichen Auseinandersetzungen erreicht. Wir hatten uns getäuscht. Friedlicher sind unsere Beratungen in Berlin nicht geworden. Und es war recht gut, daß wir einen Präsidenten hatten, der weder das Gerechtigkeitsgefühl, noch den Humor verloren hat. Für all das dankt die Nationalversammlung dem Präsidenten. Er wird, wenn er aus diesem Amte im Gefühl treuer Pflichterfüllung scheidet, übergehen in die Geschichte als der wirkliche Präsident der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach weist in seinem Dankwort darauf hin, daß er sich stets von dem Bestreben hat tragen lassen, in Gerechtigkeit und Parität, ohne Ansehen der Partei, alle Mitglieder des Hauses gleichmäßig zu behandeln. Der Dank gebührt aber nicht nur ihm, sondern auch den Vizepräsidenten, Schriftführern, dem Büro, den Beamten und Angestellten des Hauses männlichen und weiblichen Geschlechts. Auch die außerordentlich mühevolle Arbeit ist besonders anzuerkennen, die die Presse unseren Tätigkeit gewidmet hat. Dem Abg. v. Payer, diesem Senior des Hauses, der eine so hervorragende Rolle im politischen Leben eingenommen hat, begleiten die herzlichsten Wünsche für seinen Lebensabend in die schöne schwäbische Heimat. Ich hoffe, daß keine Ereignisse uns zwingen werden, die Nationalversammlung noch einmal einzuberufen. Wir waren bestrebt, zum Besten des deutschen Volkes zu arbeiten. Die Nationalversammlung hat dem deutschen Volke das Beispiel eines zielbewußten Aufbaues gegeben. Die Geschichte wird das anerkennen. Unsere Staatsbrüder in Oesterreich sind gewillt, ihre Geschicke mit uns zu verbinden. (Beifall.) Wir hoffen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker eines Tages die Vereinigung der getrennten Stammesbrüder herbeiführt. In dieser Hoffnung, mit den herzlichsten Abschiedsgrüßen für die, die nicht mehr im nächsten Reichstag zugegen sein werden, und mit den besten Wünschen für alle unsere Kollegen, schließe ich die Nationalversammlung. (Lebhafter Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005221-11/fragment/page=0001

Ein Verfassungsbruch des Reichsverkehrsministers Bauer

In der „Deutschen Zeitung" lesen wir:

Geradezu skandalöse Zustände haben sich bei der Eisenbahnverwaltung, insbesondere bei der Eisenbahndirektion Breslau, herausgebildet. Hier übt ein Häuflein radikaler Beamten einen Terror aus, der jeder Beschreibung spottet. Blieb er bisher auf den Bezirk der Eisenbahndirektion Breslau beschränkt, so hat sich ihm neuerdings auch der Reichsverkehrsminister unterworfen. Bereits vor einigen Wochen waren wir in der Lage zu berichten, daß der technische Eisenbahn-Obersekretär Stolle, Mitglied des Vorstandes der Demokratischen Partei, seine Versetzung in den Ruhestand auf Grund der Preuß. Verordnung vom Februar 1919 beantragt und sie mit seiner monarchischen Gesinnung begründet hat, die es ihm verbiete, den Eid auf die republikanische Verfassung zu leisten. Eine solche Behauptung aus dem Munde eines Demokraten klingt sehr plausibel. Die Behörde — verständnislos, wie Behörden nun einmal sind — glaubte nicht recht an die monarchische Gesinnung des Gesuchstellers und empfahl dem Minister die Ablehnung des Gesuches. Nach dem Kapp-Putsch stieg der Einfluß des Gesuchstellers, er hatte Aussicht, durch das Buhlen um die Gunst der Masse eine hohe Stellung zu erreichen. Sein Gesuch wurde ihm leid, und siehe da! eines schönen Tages war es verschwunden, und zwar aus einer in dem verschlossenen Zimmer des Beamtenbeirats liegenden verschlossenen Mappe. Alle Nachforschungen blieben ergebnislos. Der Gesuchsteller, dies Kind, kein Engel ist so rein, hat natürlich keine Ahnung. Sein treuer Freund und Gesinnungsgenosse, der Vorsitzende des Beamtenbeirats, ist ebenso ahnungslos. Festgestellt wird, daß er sich am Tage vorher, in der dienstfreien Zeit, das Zimmer des Beamtenbeirats hat aufschließen lassen, vermutlich, um darin Fxxtrott zu üben. Die Behörde wünscht natürlich Aufklärung und beantragt ein Strafverfahren gegen Unbekannt. Der Staatsanwalt leitet nach den ersten Ermittelungen das Strafverfahren nicht gegen Unbekannt, sondern gegen die beiden Vorsitzenden des Eisenbahn-Beamtenrats — beide Demokraten — ein. So töricht kann auch nur ein Staatsanwalt handeln. Der Vorsitzende des Beamtenrats hat eine feinere Nase als der Staatsanwalt. Er hat inzwischen den Schuldigen gefunden. Der Personaldezernent ist es.

Er hat ein Interesse daran, das Gesuch verschwinden zu lassen, weil er gerade während des Kapp-Putsches den ablehnenden Bericht verfaßt und sich dadurch selbst als Kappist entlarvt hat. Wie lächerlich einfach! Und so etwas begreift der Staatsanwalt nicht. Die Juristerei beschränkt eben den geistigen Horizont. Der allmächtige Diktator der Eisenbahndirektion schnaubt Rache. Er fährt mit Vertretern von Arbeitergewerkschaften nach Berlin zu dem ihm politisch sehr nahe stehenden Reichsverkehrsminister Bauer. Zwei Tage darauf ordnet dieser telegraphisch an, daß der Personaldezernent sogleich von den Geschäften als solcher zu entbinden und bis auf weiteres zu beurlauben ist. Der innere Zusammenhang zwischen der Berliner Reise und dem Telegrammerlaß des Verkehrsministers ist unverkennbar. Einen Grund für seine Maßnahme gibt der Minister nicht an. Das ist bei den Autokraten des neuen Regimes nicht üblich. Wir stellen also fest: Auf Grund einseitiger Berichterstattung eines rachedurstigen Untergebenen gibt sich der Reichsverkehrsminister dazu her, einen bei gleichgestellten und nachgeordneten Beamten wegen seines vornehmen, lauteren Charakters und seines liebenswürdigen Wesens beliebten und geschätzten Dezernenten seines Amtes zu entheben, ohne ihm Gelegenheit zur Zurückweisung der gegen ihn vorgebrachten Verdächtigungen zu geben. Herr Bauer scheint mit der Verfassung des Deutschen Reiches noch wenig vertraut zu sein, sonst müßte er wissen, daß nach Artikel 129 Beamte nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben werden können. Die Beurlaubung ist nichts anderes als eine Art Amtsentsetzung, sie hindert den Beamten an der Ausübung seines Amtes. Minister Bauer setzt sich über diese Bestimmung der Verfassung glatt hinweg. Ist es ein Wunder, daß die Empörung zu hellen Flammen emporlodert, wenn die Herren Minister, die über den Kapp-Putsch sittliche Entrüstung markiert haben, selbst die Verfassung zu einem Fetzen Papier, ihre Untergebenen zu rechtlosen Geschöpfen machen und deren Ehre mit Füßen treten? Die schlechten Beispiele der neuen Machthaber müssen ja geradezu die guten Sitten verderben. Und dieser Minister erhebt Anspruch auf das Vertrauen der Beamten!

Der Abgeordnete Deglerk hat sich des Falles angenommen und folgende Anfrage in der Nationalversammlung gestellt: Der Personaldezernent der Eisenbahndirektion Breslau ist ohne Angabe von Gründen auf telegraphische Anordnung des Reichsverkehrsministers Bauer von den Geschäften als Personaldezernent entbunden und bis auf weiteres beurlaubt worden. In welcher Weise rechtfertigt die Reichsregierung dieses dem Reichsbeamtengesetze widersprechende Verfahren, und wie gedenkt sie die den Beamten durch Artikel 129 der Reichsverfassung zuerkannten Rechte gegen derartige Uebergriffe eines Mitgliedes des Reichskabinetts zu schützen?

Der Reichswahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat bei der Zusammensetzung der Reichsliste neben einer Anzahl verdienter Parlamentarier, die ihren bisherigen Wahlkreis u. a. durch den Friedensschluß verloren haben, an aussichtsreichem Platze namentlich auch Vertreter von Berufs- und Bevölkerungsgruppen, berücksichtigt, die in den sicheren Stellen der Vorschlagslisten der Wahlkreise nicht überall eine angemessene Vertretung gefunden haben. An der Spitze der deutschnationalen Reichsliste steht der Name des Parteivorsitzenden Staatsministers Hergt, der indessen gleichzeitig in zwei Wahlkreisen an sicherer Stelle kandidiert. Die weiteren Plätze der Reichsliste tragen folgende Namen:

1. Paula Müller, Vorsitzende des Deutschevangelischen Frauenbundes, Hannover.
2. Dr. von Delbrück, Staatsminister, M. d. N., Jena.
3. Lambach, Verwaltungsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg.
4. Dr. Roesicke, Gutsbesitzer, M. d. N., Görsdorf.
5. Dietrich, Geh. Justizrat, Vorsitzender des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften M. d. N., Prenzlau.
6. Schultz-Bromberg, Langerichtsdirektor, M. d. N., Breslau.
7. van den Kerkhoff, Fabrikdirektor, Velbert (Rhld.).
8. Dr. Hoetzsch, Universitätsprofessor, M. d. N., Berlin.
9. von Gallwitz, General der Artillerie a. D., Freiburg, Baden.
10. Dr. med. Wiebel, Geschäftsführer des Verbandes der Aerzte Deutschlands, Leipzig.
11. Vogel, Telegraphensekretär, Berlin.
12. Schulze, Lehrer, Berlin.
13. von Braun, Staatsrat, München.
14. Budjuhn, Handwerkskammersyndikus, M. d. L., Schneidemühl.
15. Frau Hedwig Hoffmann, Bochum.
16. Marcinowski, Regierungsbaumeister, Lichterfelde.
17. Thränert, Gewerkschaftssekretär, Falkenberg.
18. Dr. von Kries, Landrat z. D., M. d. L., Potsdam.
19. Maria Schirmer, Arbeitersekretärin, Bethel-Bielefeld.
20. Lic. Weber, Pfarrer a. D., Bonn.
21. Schulze, Bergwerksbesitzer aus Dar es Salaam, Schöneberg.

Von ihnen kandidieren außer Staatsminister Hergt auch die Herren von den Kerkhoff, Dr. Hoetzsch und von Braun an aussichtsreichen Plätzen in Wahlkreisen.

*

Reichswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei

1. Dr. Gustav Stresemann, Syndikus, Charlottenburg, Fasanenstraße 12 a.
2. Frau Klara Mende, Berlin-Tempelhof, Dorfstraße 36.
3. D. Dr. Wilhelm Kahl, Geh. Justizrat, Professor, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 23.
4. Wilhelm Dusche, Hofbesitzer, Isernhagen bei Hannover.
5. Otto Thiel, Verbandsvorsteher, Berlin-Westend, Nüstern-Allee 8.
6. Hugo Stinnes, Industrieller, Mülheim a. d. Ruhr.
7. August Winnefeld, Bergmann, Günnigfeld bei Wattenscheid, Kaiserstraße 28.
8. Dr. Reinhold Quaatz, Geh. Regierungsrat, Handelskammersyndikus, Essen, Bismarckstraße 18.
9. Heinrich Rippler, Chefredakteur, Berlin, Wilhelmstraße 141.

Der Ehrenvorsitzende der „Deutschen Volkspartei", Geh. Rat Dr. Vogel, steht an 21. Stelle auf der Reichswahlliste.

Nochmals das Kind Bischoff

Korvettenkapitän a. D. Frhr. von Forstner veröffentlicht in der „Greifswalder Zeitung" folgende Erklärung:

Das Stettiner Polizeipräsidium veröffentlicht in Nr. 228 der demokratischen „Ostsee-Zeitung" eine amtliche Darstellung über das „Kind Bischoff", die von allerlei Verdrehungen und Entstellungen geradezu strotzt. Unter Nennung meines Namens werden die von mir der Oeffentlichkeit übergebenen Tatsachen als „auf völlig unrichtiger Sachdarstellung" beruhend und als „objektiv restlos unwahr" hingestellt. In der amtlichen Darstellung wird behauptet, daß das Kind Bischoff überhaupt nicht existiere, weil es das — Stiefkind des Majors Bischoff sei. Diese Tatsache — an sich völlig belanglos — ist weder von mir bestritten worden, noch überhaupt ein Novum, wie schon daraus ersichtlich ist, daß auch der Oberpräsident Lippmann bereits in seiner Erklärung vom 1. Mai d. J. vom „Stiefkinde des Majors Bischoff" spricht. Die Art und Weise, wie das Stettiner Polizeipräsidium diese Tatsache in den Vordergrund rückt, ist ein Beweis dafür, daß durch die Betonung gleichgültiger Nebensächlichkeiten der Versuch gemacht werden soll, den Kernpunkt der Angelegenheit zu verdunkeln.

Ferner wird mit einem verblüffenden Mangel an Logik behauptet, daß dem Major Bischoff das Kind überhaupt nichts angehinge. Ich frage: Wenn Major Bischoff mit diesem Kinde nichts zu tun hat, wie kommt der Kommissar Malzahn dazu, eigentlich darauf, gerade dieses Kind zu verhaften und erwiesenermaßen aus gerade diesem Kinde den Aufenthalt des ihm fernstehenden Majors Bischoff herauszupressen? Oder glaubte der Kriminalkommissar, ein sechsjähriges Kind, weil es „nur russische Staatsangehörigkeit hat", in dieser empörenden Weise brutalisieren zu dürfen, wie er das im Namen des Oberpräsidenten Lippmann (demokratischer Abgeordneter! sic! Red.) erwiesenermaßen getan hat? Weiß der Kriminalkommissar Malzahn, daß sowohl die Tochter des Majors Bischoff, als das Kinderfräulein Frl. Lydia Becker und das Dienstmädchen Frl. Elsa Kern, die in der Darstellung des Polizeipräsidiums als „Russen" bezeichnet werden, Deutsche aus baltenlande sind, die das Gastrecht in Deutschland genießen? Wenn das Polizeipräsidium jetzt diese beiden „lästigen Ausländerinnen" — wie es ursprünglich beabsichtigt hat — wirklich ausweisen sollte, so wäre ihm die Empörung weitester Kreise um so sicherer, als gerade die jetzige Regierung immer erklärt hat, selbst den Zuzug Tausender von kulturellst stehenden Ostjuden nach Deutschland aus Gründen der Menschlichkeit nicht unterbinden zu können. Es würde wirklich allerdings nicht im mindesten wundern, wenn jetzige Regierungsstellen es ohne Scheu über sich gewinnen würden, gerade weibliche Personen deutschen Stammes, die sie aus Gott weiß welchen Gründen für verdächtig halten, des Landes zu verweisen, während sie Tausenden von fremdrassigen Schiebern bereitwilligst Zuflucht und Unterkunft gewähren. Alles, was sonst noch in dieser Erklärung des Stettiner Polizeipräsidiums vorgebracht wird, ist glatt erfunden.

Die Regierung gibt nach

Teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

w. Berlin, 21. Mai.

Der Reichspräsident hat die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahme-Vorschriften aufgehoben für folgende Bezirke: Berlin, Brandenburg, Pommern, die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, sowie für die Rheinprovinz außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf, ferner für Hessen, Mecklenburg, Provinz Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und die Hansestädte. Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und Thüringen mit Ausnahme von Gotha bestehen Ausnahmevorschriften nicht. Ueber Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen wird die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen.

Die Untersuchung der Märzunruhen

w. Berlin, 21. Mai.

Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Der Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium hat weitere 50 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Auf Dienstenthebung und Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt war erkannt in den Fällen des Obersten Czettritz, Oberstleutnant Rothnagel, Oberstleutnant Guhr, Major von Falkenhausen, Major Bomke, Hauptmann Hallmeister, Hauptmann Baas, Leutnant Schmidt, Leutnant Scheele, Leutnant Nettesheim, Vize-Admiral von Trotha, Kapitän zur See Wossidlo, Kapitän zur See Oehsch, Konteradmiral von Levetzow, Oberleutnant zur See Paul. In weiteren 25 Fällen ist unter Ueberweisung der Akten an den Oberreichsanwalt die Beurlaubung ausgesprochen. Versetzt werden 6 Offiziere. In 13 Fällen ist das Verfahren eingestellt. Im ganzen sind 88 Fälle erledigt.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

14) Von Max Treu-Halle.

„Ich bedauere, Ihren Wunsch nicht erfüllen zu können," entgegnete ich daher. „Erstens bin ich zu solcher Erfüllung überhaupt nicht zuständig — das ist nur die Gemeinde; und zweitens hat diese letztere es ausdrücklich abgelehnt, auf ihre Kosten einen Lehrer zu besolden, der fremde Kinder in fremder Sprache unterrichtet. Ich habe mit dieser Angelegenheit nichts mehr zu tun."

Er zwirbelte seinen Schnurrbart empor.

„In diesem Falle", sagte er leichthin, als handle es sich um die gleichgültigste und einfachste Sache von der Welt, „ist mir die Befugnis und der Auftrag erteilt worden, Gewalt anzuwenden!"

Ich trat einen Schritt zurück.

„Gewalt?" rief ich entrüstet. „Gewalt gegen eine Gemeinde, die ihre guten Rechte verteidigt?"

Er zuckte gleichmütig die Achseln.

„Das zu untersuchen ist nicht meine Sache! Ich habe nur meinem Auftrag gemäß zu handeln! Mir sind sechs Gendarmen mitgegeben worden, welche mich und die Kinder in die Schule zu führen und vor allen Bedrohungen zu beschützen haben. Ihr Führer ist augenblicklich beim Ortsvorsteher, um ihm davon Mitteilung zu machen — ich bin zu Ihnen gekommen, um Sie um Ueberlassung der Schulräume zu ersuchen. Wo sind sie?"

Ich blieb ruhig, so sehr es auch in mir gärte und kochte.

„Das Schulhaus", so antwortete ich, „gehört der Gemeinde, ich habe kein Recht, über fremdes Eigentum zu verfügen. Ich muß Sie bitten, mich nicht weiter im Unterricht zu stören."

Ich wollte in mein Klassenzimmer zurückgehen, als hastig die Haustür aufgestoßen wurde und Pfarrer Mathias, der Ortsvorsteher Reiner, der Gemeindediener Rau, gefolgt von unseren beiden Hilfsgemeindedienern, eintraten. Hinter ihnen sah ich durch den Türspalt einige Gendarmen auf der Straße stehen.

Pfarrer Mathias und Reiner hatten einen schnellen Blick auf den Fremden geworfen, der sich von seinem Platze, wo er stand, nicht rückte und regte.

„Wer sind Sie?" fragte der Pfarrer.

„Ich bin der neue Lehrer!" lautete die Antwort.

„Den kennen wir nicht!" entgegnete der Pfarrer ruhig. Und Reiner setzte hinzu:

„Als bevollmächtigter Vertreter der Gemeinde habe ich Sie zu bitten, das Schulhaus zu verlassen!"

Der Fremde warf trotzig den Kopf in den Nacken und zog ein Schreiben aus der Tasche, welches er dem Ortsvorsteher überreichen wollte. Dieser jedoch lehnte die Annahme ab.

„Wir haben seit uralten Zeiten, seit der Gründung des Ortes das Recht der Selbstverwaltung in Gemeinde-, Kirchen- und Schulangelegenheiten. Niemand hat das Recht, einen Lehrer anzustellen, als wir selber — —"

„Und das Komitat?" warf da der Fremde drohend ein. „Und die Regierung?"

„Dürfen nichts gegen unseren Willen tun, der sich auf unsere alten Satzungen stützt! Nochmals bitte ich Sie, das Schulhaus zu verlassen!"

Der Fremde rührte sich nicht.

„Wer will mich dazu zwingen angesichts dieses Schreibens und dieser Vollmacht?"

„Wir! Und zum dritten Male frage ich Sie: Wollen Sie gehen oder nicht?"

Von draußen her klang lautes Stimmengemurmel; die Tür wurde aufgestoßen, und Kopf an Kopf zeigten sich auf der Dorfstraße die Männer unseres Ortes. Ein drohender Ernst lag, jedermanns Auge erkennbar, auf aller Mienen. Unmittelbar vor der Haustür standen Gewehr bei Fuß die Gendarmen, die auf ein Wort des fremden Lehrers zu warten schienen.

Der aber sagte das Wort nicht. Er schien doch vernünftiger zu sein als die wohlweisen Herren vom Komitat, die ihn hierhergesetzt hatten und die offenbar keine Ahnung besaßen von der Entschlossenheit, mit welcher die gesamte Gemeinde, tief empört und aus ihrer Ruhe aufgescheucht durch die Vorgänge der letzten Wochen, jeden Eingriff in ihre Rechte zurückzuweisen willens war.

Nun trat Pfarrer Mathias an den fremden Herrn, legte ihm beruhigend die Hand auf die Schulter und sagte in der sanften, stillen Ruhe, die ihm ebenso trefflich zu Gebote steht, wie die heftige und rücksichtslose:

„Wollen Sie es wirklich darauf ankommen lassen, mein junger Freund, Gewalt gegen Gewalt zu setzen und in den Frieden einer Gemeinde den Feuerbrand zu schleudern, der Verheerung und Vernichtung bringen müßte, so eine frivole Hand ihn wirklich anzündete? Gehen Sie heim zu denen, die Sie gesandt haben, und sagen Sie ihnen, was Sie hier sehen — es bedarf nur eines Winkes von unserer Hand, und Ihre Gendarmen sind entwaffnet: Die Gemeinde Heidenburg läßt ihre alten Rechte und ihr Deutschtum nicht antasten, und der Kaiser — hören Sie, der Kaiser! — wird uns schützen und uns beistehen! Wollen Sie aber die Kinder der landfahrenden Fremden in der Tat unterrichten, ohne in unsere Rechte und unseren Dorffrieden einzugreifen, will Ihnen das Komitat oder das Land zahlen, was einem Lehrer recht und billig ist und Ihnen gebührt, so wollen wir Ihnen draußen vor dem Orte, wo die Wohnbaracken der fremden Arbeiter liegen, eine Schulbaracke errichten lassen und auch dafür sorgen, daß Sie gegen angemessene Bezahlung Wohnung und Verpflegung finden. Dazu sind wir bereit — um des lieben Friedens willen! Jedes Mehr aber lehnen wir ein- für allemal ab!"

„Und wenn ich nun wiederkomme mit einem Dutzend Gendarmen?" fragte der Fremde.

Da sah ich die Zornesader auf der Stirn des Pfarrers anschwellen, und wie ein in der Ferne grollendes Gewitter, so klang das, was er jetzt sagte:

„Und wenn Sie mit einem Dutzend und mit zwei Dutzend und mit drei Dutzend Gendarmen kommen — dann werden wir so handeln, als wären wir von Feinden überfallen! Ein einziger Gewaltakt Ihrerseits, und wir lassen Sturm läuten, die Männer unseres Ortes bis herab zum waffenfähigen Knaben treten an, und Sie mögen dann sehen, wo Sie mit Ihren Gendarmen bleiben!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005221-11/fragment/page=0002

Die vorläufige Erhebung der Reichseinkommensteuer

Hinsichtlich der erstmaligen Erhebung der neuen Reichseinkommensteuer ist zu unterscheiden zwischen 1. der endgültigen Erhebung nach den Vorschriften der §§ 19–21 des Gesetzes vom 29. März 1920 und 2. der vorläufigen Erhebung.

Die endgültige Veranlagung erfolgt erst nach Ablauf des Jahres 1920, und zwar nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahr bezogen hat. Nach der endgültigen Veranlagung erfolgt die endgültige Erhebung. Bis dahin findet nur eine vorläufige Erhebung statt.

Nach § 58, Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes ist vorläufig die Einkommensteuer zu entrichten, die nach den Vorschriften der §§ 19—21 für das bei der letzten endgültigen Veranlagung zur Staatseinkommensteuer festgestellte Einkommen berechnet.

Das Gesetz vom 31. März 1920, das zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes erlassen ist, ermächtigt den Reichsminister der Finanzen, anzuordnen, daß bis zum Empfang des neuen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 die Einkommensteuer weiter zu zahlen ist, die nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zugunsten der Länder und Gemeinden zu entrichten war oder zu entrichten wäre. Von dieser Ermächtigung hat der Reichsfinanzminister Gebrauch gemacht und eine Verordnung vom 20. April 1920 erlassen. Bei der Ausführung dieser gesetzlichen Vorschriften war es notwendig, die vorläufige Veranlagung und Erhebung auf bestimmte Kreise der Steuerpflichtigen zu beschränken. Die Finanzämter sind zum Teile noch im Aufbau und dazu noch mit großen Aufgaben belastet. Deshalb der Steuerverwaltungsarbeit entlastet werden sind drei Kreise von Steuerpflichtigen zu unterscheiden:

1. Steuerpflichtige, für welche die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer gemäß § 58, Abs. 2 festgestellt wird.

Zu diesen Kreis fällt ein Steuerpflichtiger, wenn er nach § 58, Abs. 2 eine höhere Steuer entrichten muß, als er bisher Staats- und Gemeindeeinkommensteuer gezahlt hat. Er erhält ein „Steuerfestsetzungsschreiben" über die dadurch vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer.

2. Die übrigen Steuerpflichtigen, die haben lediglich die im Vorjahr entrichtete Staats- und Gemeindeeinkommensteuer (Einkommensteuer der Gemeindeverbände) weiter zu entrichten. Sie erhalten ein „Aufforderungsschreiben" des Finanzamtes. In diesem Aufforderungsschreiben wird ihnen vom Finanzamt die Zahlung des seither bezahlten Betrages an Staats- und Gemeindeeinkommensteuer bis zur endgültigen Veranlagung aufgefordert.

3. Steuerpflichtige, denen zur Entrichtung der Einkommensteuer 10 Prozent ihres Arbeitslohnes einbehalten werden.

Diese Steuerpflichtigen erhalten keine Aufforderung zur Entrichtung der Einkommensteuer zugeschickt, wenn der prozentige Abzug vom Arbeitslohn höher wie die nach 1. vorläufig zu entrichtende Steuer ist.

Erreicht jedoch die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich mehr als 10 Prozent, so geht ihnen ein Aufforderungsschreiben zu; sie haben sodann das Recht, den Betrag ihrer in der Steuerkarte vorschriftsmäßig eingeklebten entwerteten Steuermarken oder die einbehaltenen in Karte 1 Beträge bei der Entrichtung der vorläufig angemessenen Einkommensteuer anrechnen zu lassen.

Die farbigen Truppen im Rheinland

w. Berlin, 21. Mai.

Ueber die Verwendung farbiger Truppen im rheinischen Gebiet erfahren wir an zuständiger Stelle: Unter farbigen französischen Truppen sind Schwarze (Neger), Braune (Nordafrikaner, Tunesier und Marokkaner), Gelbe (Annamiten, Tonkinesen, chinesische Arbeitskulis) zu verstehen. Im besetzten deutschen Gebiet liegen folgende vorliegenden Nachrichten:

1. Schwarze Truppen (Neger): 1. Senegalschützenkommando 10 und 11 (Senegalbrigaderegiment 10 steht in Mainz, Regiment 11 in Worms); 2. ein madagassisches Regiment. Die Madagassen, Bewohner von Madagaskar, aus verschiedenen Bevölkerungsschichten zusammengesetzt, den Hova, einem Mischvolk aus malaiischen und afrikanischen Elementen, und aus den Sakalaven. Das Regiment steht in Ludwigshafen, Speyer und Germersheim.

2. Braune Truppen (Nordafrikaner), etwa 16 Schützenkommandos, verteilt auf das ganze besetzte Rheinland.

3. Gelbe (Asiaten) Truppen liegen im besetzten Gebiet nicht.

In der deutschen Presse werden sämtliche farbigen Truppen mit dem Sammelnamen „Schwarze Truppen"

Die französische Angabe, daß die gelben Truppen französische Bürger seien, ist nach den hier vorliegenden Nachrichten unrichtig. Wohl gibt es unter der Fahne beide algerische und tunesische Eingeborene, die als naturalisierte französische Bürger geworden sind. Die Masse ist aber nach dem Dekret vom 14. Juli 1865 nur Franzosen, da Algerien kein reine Kolonien sind, sondern zum französischen Mutterlande gehören. Die marokkanischen Tirailleurregimenter, Fremdenregimenter und das madagassische Jägerregiment bestehen aber nur Franzosen noch französische Bürger.

Vereinfachung der Heeresverwaltung

Nach dem „Lok.-Anz." sollen in Zukunft bei der Heeresleitung nur zwei große Abteilungen und daneben als dritte die Admiralität bestehen. Die erste Abteilung untersteht dem Chef der Heeresleitung und umfaßt Personalamt, Truppenamt und andere. Die zweite Abteilung wird unter dem Oberquartiermeister gestellt werden und Verkehrswesen, Ausrüstungsamt, im großen und ganzen die Geschäfte der Feldzeugmeisterei umfassen. Die dritte Abteilung untersteht dem Chef der Admiralität und umfaßt die Geschäfte der Flotte. Ueber diesen drei Abteilungen steht der Reichswehrminister, dem direkt eine bisher stark verkleinerte Adjutantur und die Nachrichtenstelle unterstehen werden.

Neuorientierung in Rußland

w. Haag, 21. Mai.

Weitere englische Blätter verzeichnen das in London umlaufende Gerücht über eine politische Neuorientierung der Sowjetregierung. Darnach hätten Lenin und Trotzki sich zur Bildung einer demokratischen Regierung entschlossen.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Konstantinopel sind sechs französische Bataillone mit Munition auf den Ernst der Lage nach Batum abgegangen. In den Orten von Anatolien, darunter Trapezunt, ist die rote Fahne gehißt worden.

Nach einer Meldung des „Telegraaf" aus London wird von zuständiger Seite bestätigt, daß Lord Derby Tschitscherin wissen ließ, den Wunsch kundgegeben habe, daß der Friede zwischen dem weißen und dem roten Heere Rußlands hergestellt wird. Der englische Staatssekretär des Aeußern sei bereit, an etwaigen Verhandlungen mit Wrangel auf der Krim englische Offiziere teilnehmen zu lassen.

w. London, 21. Mai.

Reuter vernimmt, daß die Bolschewisten im Verlauf ihrer Operationen gegen die Polen auf einer Front von 40 bis 50 Kilometer etwa 80 Meilen vorgerückt seien und Lepel und Polock (?) genommen hätten.

Das neue Ministerium Nitti

w. Paris, 21. Mai.

„Matin" meldet aus Rom: Das Ministerium Nitti wird wahrscheinlich heute abend gebildet werden. „Messaggero" veröffentlicht folgende voraussichtliche Liste, wobei noch der Minister für Post und Telegraphen fehlt. Vorsitz und Inneres Nitti, Auswärtiges Scialoja, Schatz Schenger, Finanzen Alessio, Justiz Fera, Krieg Bonimi, Marine Sechi, Oeffentliche Arbeiten de Nava, Landwirtschaft Bertini, Unterricht Torre, Wiedereroberte Gebiete Micheli, Industrie Ferraris. — Micheli und Bertini gehören der Katholischen Volkspartei an, Fera den Radikalen.

Verzicht der Entente

Keine weitere Ablieferung von Handelsschiffen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Basel, 21. Mai.

„Daily Mail" meldet, daß der Wirtschaftsrat der Alliierten auf die weitere Ablieferung von Handelsschiffen durch Deutschland Verzicht geleistet habe. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages wären noch sieben auf deutschen Werften im Bau befindliche Handelsschiffe abzuliefern.

Abermalige Erhöhung des Eisenbahntarifs?

b. Mannheim, 21. Mai.

Die „Mannheimer Volksstimme" erfährt von bestinformierter Seite entgegen anderweitigen Nachrichten, daß man im Reichsverkehrsministerium sich mit dem Gedanken trage, am 1. Oktober eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife um 100 Prozent durchzuführen, um das Riesendefizit der Reichsbahnen wenigstens einigermaßen auszugleichen.

Besitzwechsel bei der „Köln. Volkszeitung"

b. Köln, 21. Mai.

Die „Kölnische Volkszeitung", das führende Zentrumsorgan Rheinland-Westfalens, ist gestern in den Besitz der Kölner Eisenfirma Otto Wolff u. Co. in Köln übergegangen, hinter der ein Bankenkonsortium der Kölner Großbanken steht, die diese Zeitung in eine Aktiengesellschaft umwandeln wollen. Als Kaufsumme werden 8 Millionen Mark (?) genannt. Die bisherigen Verleger J. P. Bachem führen lediglich die Druckerei weiter. Dasselbe Konsortium mit der Fa. Wolff hat auch das „Kölner Tageblatt" mit der Kölner Verlagsanstalt erworben und die alten Aktien, soweit greifbar, aufgekauft. Eine Kapitalserhöhung von 1,2 Millionen Mark soll das Unternehmen auf eine breitere Grundlage stellen.

Provinz Sachsen

p. Weißenfels, 21. Mai. (Ueber die Rechnungsergebnisse der Provinzialverwaltung) der Provinz Sachsen für das Wirtschaftsjahr 1918 liegen jetzt die Nachweise vor. Danach sind 17 474 733,46 Mark vereinnahmt und 14 615 966,07 Mark verausgabt. Von dem Bestande sind die Deckungsmittel für die durch Einnahmereste nicht gedeckten Ausgabereste von 4 313 230,46 Mark in die Rechnung für 1919 übernommen worden, so daß für 1918 ein Fehlbetrag von 1 454 488,07 Mark verbleibt. U. a. erforderten die Landesheilanstalten zu Alt-Scherbitz und Nietleben Bedürfniszuschüsse in Höhe von 462 922,79 Mark und 286 745,01 Mark, die Provinzial-Taubstummenanstalt zu Halle 43 608,15 Mark, die Provinzial-Blindenanstalt in Halle 205 068,29 Mark.

p. Bad Kösen, 21. Mai. (Kommunales.) Der für das laufende Rechnungsjahr festgesetzte Haushaltplan schließt mit 729 993 Mark in Einnahmen und Ausgaben ab; um ihn balancieren zu lassen, werden an Zuschlägen 350 Prozent zur staatlichen Einkommen- und 280 Prozent zu den Realsteuern, sowie 180 Prozent zu den Betriebssteuern erhoben. Hierbei sind aber die Gehaltsaufbesserungen der städtischen Beamten und Lehrer noch nicht mit inbegriffen. Der vorgesehene Posten für Luftbarkeitssteuern wurde von 800 Mark auf 7643 Mark erhöht.

n. Köthen, 20. Mai. (Eine außerordentlich reiche Obsternte) ist in der hiesigen Gegend zu erwarten. Sämtliche Obstsorten haben entsprechend der überreichen Blüte angesetzt, so daß, wenn nicht besonders schädigende Witterungseinflüsse dagegen kommen, eine Rekordernte bevorsteht. Billig wird natürlich das Obst trotzdem nicht werden, darauf lassen schon die jetzt bei den Verpachtungen erzielten Preise schließen. So brachten die Süßkirschen an den Kreisstraßen insgesamt 78 000 Mk. gegen 34 000 Mk. im Vorjahre, wo wir auch eine gute Kirschenernte hatten, obgleich den Pächtern ziemlich scharfe Bedingungen auferlegt worden sind. Sie müssen die Hälfte der Ernte zum Preise von 60 Pfg. fürs Pfund der Stadt Köthen abliefern.

l. Ziesar, 21. Mai. (Die Kreissynoden Burg und Ziesar) tagten gemeinsam zwecks Vornahme der Abgeordnetenwahlen zur Provinzial-Synode. Gewählt wurden Superintendent Jacobs-Ziesar und Schuldirektor Hübner-Burg. Im August soll in Burg die Provinzial-Missionstagung stattfinden. Die Berichte über die Bedrückungen unserer evangelischen Glaubensgenossen in den abgetretenen Teilen Landesteilen gab erschütternde Bilder.

l. Genthin, 21. Mai. (Markt. — Entente-Kontrolle.) Der Pfingstmarkt war von Stadt und Land äußerst stark besucht. Aufgetrieben waren 340 Pferde und etwa 200 Schweine. Gebandelt wurde zu hohen Preisen, das Geschäft war mittelmäßig. Ferkel kosteten 200—400 M., kleine Futtersteine bis 600 M. Der Markt wurde nicht geräumt. Der Krammarkt bot das gewohnte Bild. — Durch eine Ententekommission wurde die ehemalige Pulverfabrik Plaue besichtigt. Indes sollte die Besichtigung wohl mehr eine Kontrolle sein, ob die Fabrik, die nunmehr in die Hände der Eisenbahnverwaltung übergegangen ist, noch ihrem alten Zweck diene. Mehrfach wurden photographische Aufnahmen von den Gebäuden und Einrichtungen gemacht. Vorläufig werden etwa 3000 Arbeiter beschäftigt, später sind größere Siedlungen geplant.

— Kelbra, 21. Mai. (Tagungen des Volkshochschulbundes.) Die evangelischen Volkshochschulkreise treten am 8. und 9. Juni in Kelbra am Kyffhäuser im „Hotel Kaiserhof" zu einer Tagung zusammen, um über die endgültige Ausgestaltung ihres schon schriftlich angebahnten Zusammenschlusses zum Volkshochschulbunde zu beraten. Neben grundsätzlichen Erörterungen steht auf der Tagesordnung u. a. die Frage der Stellungnahme der zur Gesamtbewegung der deutschen Volkshochschule und insbesondere zu den von Staat und Gemeinde getroffenen Einrichtungen, worüber Pf. Dr. Koch-Langd und Studienrat Dr. Brunner in Steglitz berichten werden. Auch Vertreter des dänischen und englischen Volkshochschulwesens werden als Gäste der Tagung beiwohnen. Nähere Auskunft erteilt die Mittelstelle für Volkshochschulen, Berlin-Steglitz, Beumstr. 8.

Halle und Umgebung

Halle, 22. Mai.

Vortrag Dr. Schreiber

Der demokratische Abgeordnete und Vorsitzende des Demokratischen Vereins in Halle, Dr Schreiber, wird heute abend wieder einen seiner bekannten Vorträge halten. Bisher ist es bei einer großen Anzahl deutschnationaler Damen und Herren Brauch gewesen, auch demokratische Versammlungen zu besuchen, um aus dem Munde von Demokraten zu hören, wie diese die politischen Tagesfragen beurteilen, und um in der Debatte der demokratischen Auffassung die deutschnationale Beurteilung entgegenzusetzen. In den letzten Wochen aber ist den Gegenrednern aus den beiden nationalen Parteien nicht nur die Redefrist außerordentlich beschnitten worden, sondern der demokratische Versammlungsleiter hat diesen wiederholt das Wort entzogen, wenn sie auf Dinge zu sprechen kamen, die dem demokratischen Mitgliederbestande gefährlich werden könnten. Weil man die Aufdeckung der Wahrheit auf gewissen Gebieten fürchtete, darum ist ein selbstverständliches Gastrecht verletzt worden. Ein solches Verhalten ist um so empörender, als von Seiten des demokratischen Referenten nationale Kreise nicht nur scharf angegriffen, sondern auch herabgesetzt und verunglimpft wurden. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn Mitglieder auch der Deutschnationalen Volkspartei zu demokratischen Versammlungen eingeladen und dann durch den Vortragenden in ihrem vaterländischen Empfinden tief verletzt werden, daß man ihnen dann aber das Recht verweigert, den Angriffen entgegenzutreten und ihre gegenteilige Auffassung zu dem Verhandlungsgegenstande darzulegen. Besonders Dr. Schreiber hat sich sowohl als Versammlungsleiter wie als Vortragender derartiger Verstöße gegen Recht und Sitte schuldig gemacht. Gegenüber einer solchen Behandlung deutschnationaler Besucher muß es zu einer Ehrenpflicht der letzteren werden, demokratische Versammlungen, namentlich solche, in denen Dr. Schreiber spricht, solange zu meiden, wie hier dieser unerhörte Terror geübt und auf gute, vornehme Sitten verzichtet wird. Um aber über das Niveau demokratischer Versammlungen dauernd unterrichtet zu sein, wird die Presse nach Möglichkeit darüber berichten.

Kreissynode des Kirchenkreises Halle-Stadt

Die Tagung fand am 20. Mai im Saale des Gemeindehauses Albrechtstraße statt und wurde nach Schriftverlesung von Psalm 102, 13—23 und Gebet durch P. Thiede von Sup. Meinhof eröffnet. P. Gisecke wurde zum Protokollführer ernannt. Der Vorsitzende verpflichtete den neu in die Synode eingetretenen Seminaroberlehrer Poppe und stellte der Synode den Vorsteher des Kirchenamtes Fuge und den neuen Direktor des Preßverbandes P. Roennecke vor. P. Förster erstattete den Bericht über die Innere Mission und fordert bei der Not der Zeit und der besonderen Nöte des Mittelstandes die tatkräftige Unterstützung aller Arbeiten der Inneren Mission. Da ingwischen 58 Synodale anwesend sind, wird zu den Wahlen für die Provinzialsynode geschritten. Es wurden gewählt durch Zuruf die Synodalen Sup. Meinhof, Geheimrat Elze, Geheimrat D. Eger, durch Zettelwahl Schuldirektor Göll. Als deren Stellvertreter sämtlich durch Zettelwahl P. Faßmer, Stadtrat Klopfleisch, Oberpfarrer Jahr, Landesgerichtsdirektor Panse.

Der Bericht des Superintendenten über die kirchlich-sittlichen Zustände in Halle gedachte der verstorbenen Synodalen D. Mächtler, D. Hering, Rentner Karl Weber und der Aeltesten Bruno Gröbel, Klempnermeister Krahl und Maurer Franz Zeisig. Bei der Teuerung sind naturgemäß auch die kirchlichen Ausgaben gestiegen. Allein die Teuerungszulagen für Küster und Kirchendiener erfordern 98 166 M. Trotzdem brauchte die Stadt seit 8 Jahren auf 17 Proz. festgesetzte Kirchensteuer dank der Umsicht und Sorgfalt der Verwaltung nicht erhöht zu werden. Bei den Elternbeiratswahlen dürfen wir damit rechnen, daß viele Familien auch von denen, die aus wirtschaftlichen Gründen mit der U. S. P. gehen, doch für die christliche Schule eintreten werden. Der Konfirmandenunterricht ist durch Fehlen der Heizung schwer gestört, die Konfirmationen durch die Märzunruhen stark beeinträchtigt worden. Die Kirchenaustrittsbewegung ist durch Lüge, Druck und Zwang gesteigert. Bis zum Jahresschluß sind 5321 als ausgetreten gemeldet, von denen 96 wieder eingetreten sind. Wir bedauern die Ausgetretenen um ihrer selbst willen. Die Scheidung ist nicht zu bedauern. Aber ein Fehler ist die Gleichgültigkeit und der Tiefstand des religiösen und sittlichen Lebens. Dreimal ist in Kirchen eingebrochen worden. Zu beklagen ist auch, daß die Sonntagsfeier durch Sport und Wahlversammlungen gestört wird und man die Wichtigkeit der Kultusorten den Innenlebens verkennt. Wenn dagegen der Sonntag für Beerdigungen durch die Forderung der Friedhofsangestellten gesperrt ist, so zeigt das sehr wenig soziales Empfinden gegenüber weitesten Kreisen unseres Volkes. P. Wagner gab einen Ueberblick über die Heidenmission. In Halle sind im letzten Jahre 18 000 M. für die Mission aufgebracht worden. Trotzdem braucht die Mission besonders wegen des Tiefstandes unserer Valuta noch größere Mittel und tatkräftiger Liebe der Heimatgemeinden. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich die Pastoren Faßmer, Hage, Vogt, b. Broecker, Bach, Jahr, Roennecke und Kreisschulinspektor Busse. Der Betrag für die Synodalvertreter wurde um 100 Proz. erhöht. Dem Evangel. Soz. Preßverbande bewilligte die Synode 100 M. Jahresbeitrag aus Synodalmitteln und erteilte dem Synodalrechner Fuge Entlastung. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit und reiche Anregung der Synode den Gemeinden unserer Stadt zur Förderung und zum Segen gereicht.

— Verhaftet wurde nach einer Meldung des „Volksblatts" gestern früh in Halle Professor Werckmeister-Stettin, der am Donnerstag in einer nach dem „Wintergarten" einberufenen Beamtenversammlung der Halleschen Unabhängigen gesprochen hatte. Werckmeister soll inzwischen nach Magdeburg gebracht worden sein. Des weiteren gelang es der hiesigen Polizei, den ehemaligen Führer der Roten Armee im Ruhrgebiet Franz Dombrowski zu verhaften, der, vom außerordentlichen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen hatte.

— Pfingstmaien werden seit gestern in allen Teilen der Stadt, auf dem Friedrichsplatz, am Leipziger Turm usw., feilgeboten. Die Preise schwanken zwischen 4,50 Mk. und 6 Mk. je Baum. Angebot und Nachfrage nach Birken, die aus der näheren Umgebung Halles stammen, ist bei weitem nicht so groß wie seinerzeit nach Weihnachtstannen.

— Deutschnationaler Jugendbund. Die letzte Vorbesprechung zum zweitägigen Pfingstausflug findet heute nachmittag um 4 Uhr in der Geschäftsstelle des Deutschnationalen Landesverbandes, Leipziger Straße 17, statt.

— Das Platzkonzert, ausgeführt von der Kapelle der Sicherheits-Polizei, findet am Sonntag von 12—1 Uhr auf dem Riebeckplatz statt unter Leitung des staatlichen Musikdirektors L. Kott.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005221-11/fragment/page=0003

— **Die Religionspädagogische Gesellschaft für Halle und Umgegend** hielt am Mittwoch ihre starkbesuchte Gründungsversammlung in der Aula des Reformgymnasiums. Geheimrat Professor **D. Eger-Halle** betonte in seiner Eröffnungsrede, daß das Religiöse nicht unter den Gesichtspunkt irgend einer Doktrin gestellt werden dürfe. Religion wird nur vom Leben aus gefaßt. Die Fragen über den Stoff des Religionsunterrichtes und die Kinder, die für uns alle die wichtigsten sind, sollen durch die Arbeitsgemeinschaft der religionspädagogischen Gesellschaft in freierer Weise gelöst werden. Im Mittelpunkte stand der tiefgrabende Vortrag von Generalsuperintendent D. Schöttler-Magdeburg über Religionspsychologisches zur Pfingstgeschichte. Nachdem er wissenschaftlich Wort und Sache der „Zungenrede" in Apostelgeschichte 2 erläutert hatte, stellte er fest, daß ohne Religionspsychologie der Text nicht zu verstehen sei. Soweit die psychologische Seite in Frage kommt, ist es ein tatsächlicher Vorgang auf dem Gebiete der psychischen Grenzzustände, deren innerstes geistiges Gesetz wir noch nicht kennen. Wir begrenzen diesen Vorgang, aber wir weisen ihm seine wichtige Stellung an. Lukas gibt ein Kabinettstück in pressionistischer Federzeichnung, um das Wichtige, die Auslegung und Auswertung in der Rede des Petrus, zu begründen. Wir müssen jeder Frage auf den Grund gehen, daß nichts Heilsbedeutung hat, was nicht im Lichte der Wahrheit besteht. Auch die Religionspsychologie ist uns wie jede Wissenschaft eine willkommene Führerin zur Wahrheit. Der Vortragende schloß mit dem Gotteswort: „Ich bin überzeugt, daß die Bibel immer schöner wird, je besser man sie versteht." An der äußerst fruchtbaren Aussprache beteiligten sich Sup. Bodenstein, Lehrer Köhler, Lehrer Trebesius, Studienrat Krüger, Studienrat Goß, Oberlehrer Haas, Prof. D. Eger und Generalsuperintendent D. Schöttler, der im Schlußwort für die reichen Anregungen dankte und feststellte, daß auch die moderne Wissenschaft die biblischen Realitäten anerkennen muß. 75 Damen und Herren traten der Religionspädagogischen Gesellschaft bei, die auf ihre Gründungsversammlung mit Befriedigung zurückblicken darf und ihre nächste Arbeitsversammlung im September halten will.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Frieda Otto und Landwirt August Schaaf, Mötzlich. — Elsa Rulf und Richard Müller. — Martha Schneider, Schönnewitz und Martin Kästner.

Vermählung: Emil Müller und Erna Rosche.

Todesfälle: Am 30. Mai Privatmann Wilhelm Krause im 69. Lebensjahr. — Am 20. Mai Betriebsassistent Wilhelm Kühne im 57. Lebensjahr. — Am 20. Mai Martha Claus geb. Gunther. — Am 20. Mai Frida Schzeiter geb. Lippold im 39. Lebensjahr.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Anmeldung und Beschlagnahme der Valutapapiere

Durch die Bekanntmachung über die Anmeldung und Beschlagnahme von Urkunden und Wertpapieren aus Anlaß der Durchführung der Bestimmungen des § 10, Abs. 1 der Anlage zu Artikel 298 des Friedensvertrages vom 12. Mai und der Ausführungsanweisungen des Reichskommissars für Auslandsschulden und des Reichsfinanzministeriums, Stelle für ausländische Wertpapiere hierzu haben deutsche Reichsangehörige einschließlich der in Deutschland ansässigen juristischen Personen und Gesellschaften bis zum 31. Mai 1920 folgende in ihrem Eigentum stehende Gegenstände anzumelden, für die gleichzeitig die Beschlagnahme ausgesprochen wird:

1. Wertpapiere,
2. Zertifikate, Gesellschaftsverträge und sonstige rechtserheblichen Urkunden,

die sich auf Güter, Rechte und Interessen in dem Gebiet des britischen Reichs, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens, Boliviens, Brasiliens, Guatemalas, Perus, Polens, Siams, der Tschecho-Slowakei, Uruguays, Kubas, des Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staates, Griechenlands und Portugals sowie der Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer dieser Staaten beziehen, einschließlich Aktien, Schuldverschreibungen und sonstiger Wertpapiere, sofern sie von Gesellschaften ausgegeben sind, die zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages gegenüber einer der vorstehend bezeichneten Mächte ihren Sitz im Gebiet dieser Macht hatten und gemäß dem Recht dieser Macht zugelassen waren.

Die Anmeldepflicht erstreckt sich nicht auf Wertpapiere, aus denen einer der vorstehend bezeichneten Staaten oder in diesen Staaten belegene Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften als Schuldner haften, sowie auf Güter, Rechte und Interessen in den durch den Friedensvertrag abgetretenen deutschen Reichs- und Schutzgebieten.

Die Anmeldepflicht erstreckt sich nicht auf Gegenstände, die sich zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit einer der vorstehend bezeichneten Mächte im Gebiet dieser Macht befanden, sowie ferner nicht auf Gegenstände, die nach diesem Zeitpunkt aus ausländischem in deutsches Eigentum übergegangen sind.

Es sind anzumelden:

Wertpapiere beim Reichsfinanzministerium Stelle für ausländische Wertpapiere, Berlin W., Potsdamer Str. 123b, durch Vermittlung einer inländischen Bank oder eines inländischen Bankiers, oder einer Reichsbankanstalt unter Verwendung der bei den Reichsanstalten erhältlichen Vordrucke;

alle übrigen Urkunden bei dem Reichskommissar für Auslandsschulden, Urkundenanmeldestelle, Berlin-Zehlendorf-Mitte, Am Urban.

Die letzteren sind als eingeschriebener Brief in dreifacher Ausfertigung auf Vordrucken anzumelden, die von der Handelskammer zu Halle a. d. S., Franckesche Stiftungen, unentgeltlich zu beziehen sind. Der Anmeldung ist eine Abschrift der angemeldeten Urkunde ebenfalls in dreifacher Ausfertigung beizufügen.

Die Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co., A.-G., Leipzig beruft zum 9. Juni die Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Bilanzen für die Geschäftsjahre 1918 und 1919 ein, nachdem der Grund zum Bilanzaufschub infolge des Erlasses des Reichsausgleichsgesetzes in Wegfall gekommen ist. Die Verwaltungsorgane schlagen für 1918 die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent (i. V. 6 Proz.) und für 1919 einer solchen von 20 Prozent vor.

Hallescher Knappschaftsverein zu Halle

* Im Jahre 1918 hat sowohl der Mitgliederbestand der Krankenkasse als auch der Pensionskasse erheblich zugenommen. Die Summe der Aktiva der Krankenkasse betrug am 1. Januar 1918 1 271 576,60 M., am 31. Dezember 1918 1 838 616,81 M., die der Passiva am 1. Januar 1918 865 000 M., am 31. Dezember 1918 160 000 M. Das schuldenfreie Vermögen ist also im Laufe des Jahres von 906 576,60 M. auf 1 178 616 81 Mark angewachsen. Die Pensionskasse wies am 1. Januar 1918 an Aktiven 20 607 850,08 M., am 31. Dezember 24 290 444,23 M., an Passiven an den gleichen Terminen 3 005 000 M. und 4 888 000 M. auf. Das schuldenfreie Vermögen betrug also am 1 Januar 1918 17 602 850,08 M. und am 31. Dezember 1918 19 411 444,23 M.

*

Hypothekenschutzbank Sachsen-Anhalt-Thüringen A.-G. Halle. Auf der Generalversammlung waren 11 Aktionäre mit einem Aktienkapital von 194 000 M. vertreten. Dabei wurden folgende Ausführungen über den Geschäftsgang des vergangenen Jahres gemacht: Das vergangene Geschäftsjahr hat wesentliche Ansätze für die Entwicklung des Hypothekenschutzgeschäftes nicht mit sich bringen können. Die gleichen Ursachen, insbesondere das Ueberangebot an Hypothekenkapital, die hemmend auf den Aufbau des Hypothekenschutzes im ersten Geschäftsjahr einwirkten, sind es auch jetzt noch, die den Hausbesitzern wie den Hypothekengläubigern seine Inanspruchnahme entbehrlich erscheinen lassen. Die umwälzenden günstigen Veränderungen des Hypothekenkreditmarktes im Gefolge des politischen Umsturzes werden indessen nicht zur dauernden Befestigung der früheren Hypothekenmacht führen. Deshalb wird sich die verschiedentlich zutage tretende Ansicht, daß für den Hypothekenschutz unter den günstig veränderten Verhältnissen die Neuanlage zu einer gedeihlichen Entwicklung entzogen sei, als irrig erweisen. Sobald sich die volle Auswirkung der Steuer- und Vermögensabgabengesetze in ihrer vollen Schwere für das Kreditwesen fühlbar machen wird, wird es nicht in letzter Reihe der Haus- und Grundbesitz sein, auf den, insbesondere durch seine dingliche Belastung mit dem Reichsnotzins gleichsam als 1. Hypothek, die Wandlung der Dinge ernüchternd wirken wird. Die Notwendigkeit des Hypothekenschutzes dürfte dann erst in ihrem ganzen Umfange offenbar und damit für uns ein umfangreiches Feld zur Betätigung frei werden. Bei dieser Gelegenheit können wir auch mitteilen, daß mit der Reichsfinanzverwaltung Verhandlungen darüber schweben, unter Mitwirkung der Hypothekenschutzbanken den Haus- und Grundbesitzern die Ausführung des Reichsnotopfergesetzes möglicht zu erleichtern. Das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres ist, wie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung aufweist, den geschilderten Verhältnissen entsprechend, bescheiden. Infolge des am Abschlußtage empfindlich weiter gesenkten Kurstandes mußten weitere 34 183 M. abgeschrieben werden. Mithin vergrößert sich der auf neue Rechnung vorzutragende Verlust auf 49 536,32 M. Der Abschluß wurde genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat wurde Herr Stadtrat Ueberhalle gewählt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Geheimrat Scheele und Justizrat Wolfgang Herzfeld, wurden wiedergewählt.

* **Fr. Sternemann, Hanfentische Maschinen- und Motorpflug-G. m. b. H., Halle a. S.** Die Firma betreibt den Vertrieb und die Fabrikation aller Art Maschinen und Geräte, insbesondere landwirtschaftliche Geräte. Die Geschäftsräume befinden sich Merseburger Straße 6. Das Mutterhaus der hiesigen Zweigniederlassung befindet sich in Hamburg. Die hiesige Niederlassung hat die alleinige Vertretung der Komnick-Motorpflüge für Mitteldeutschland.

* **Mitteldeutsche Creditbank.** In der Aufsichtsratssitzung wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1919 vorgelegt. Der auf den 15. Juni d. J. einberufenen ordentlichen Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent gegen 7 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen werden. Gleichzeitig wird die Erhöhung des Aktienkapitals der Bank um 30 Millionen Mark auf 90 Millionen Mark beantragt. Die neuen Aktien mit Dividendenberechtigung für 1920 sollen den Aktionären zum Kurs von 115 Prozent zum Bezuge angeboten werden.

*ss. **Betriebseinschränkungen.** In der Leipziger Industrie, besonders der Maschinenbranche, ist die Frage der Betriebseinschränkung akut geworden. Ein Teil der Fabriken hat bereits die Arbeitszeit verkürzt, andere werden folgen. Die Flugzeugwerke Adiatik, die den Bau von Motorpflügen aufgenommen hatte, hat sich genötigt gesehen, den Betrieb gänzlich stillzulegen. Dadurch werden ungefähr 100 Mann brotlos. Auch in der Textil-Industrie, z. B. der Jute-Weberei, wird über Mangel an Aufträgen geklagt, so daß auch hier Betriebseinschränkungen zu erwarten sind.

Berliner Börsenberichte

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1523,50	1526,50
Brüssel-Antwerp.	319,65	320,35
Christiania	739,25	740,75
Kopenhagen	674,30	675,70
Stockholm	869,10	870,90
Helsingfors	189,80	190,20
Italien	219,75	220,25
London	160,80	161,20

Berlin, 21. Mai.	Geld	Brief
New-York	41,70	41,80
Paris	312,20	312,80
Schweiz	744,25	745,75
Spanien	679,30	680,70
Wien (alles)	16,98	17,02
Oesterreich abgest.	30,48	30,52
Prag	81,40	81,60
Budapest	17,98	18,02

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte				
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX		75,80	Deutsche Uebersee-El.	890 —
5% Deutsche Reichsanl.		75,75	Deutsche Erdöl	749,75
4 „ „		70,50	Deutsche Gasglühl.	—
3½ „ „		69,—	Deutsche Kali	438,—
3 „ „		71,—	Deutsche Waff. u. Mun.	880,—
4 Preuss. Konsols		75,—	Donnersmarkhütte	360,—
3½ „ „		63,25	Döring u. Lehrmann	138,—
3 „ „		58,50	Dürkoppwerke	420,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99		96,—	Elberfelder Farben	390,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06		98,—	Engelhard Brauerei	—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe		—,—	Felten u. Guilleaume	430,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe		100,75	Gasmotoren Deutz	190,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe		122,80	Gebhardt u. Co.	—
4½ Dessauer Gas-Oblig.		103,50	Gebhardt u. König	237,—
4 „ „		95,50	Gelsenkirch. Bergb.	298,—
Ausländ. Werte			Glauziger Zuckerfbr.	368,—
4 Oesterr. Kron.-Rente		24,75	Hallesche Masch.-Fabr.	404
4 Ungar. Gold-Rente		60,50	Hann. Masch.	248,—
4 Ungar. Kronen-Rente		29 —	Harpener Berg	270,25
Eisenbahn-Aktien:			Hasper Eisen	580,—
Halberstadt-Blankenb.		83,—	Hirsch Kupfer	375,—
Halle-Hettstedter		67,25	Höchster Farbw.	363,—
Schantungbahn		619,—	Hoesch Eisen u. Stahl	320,—
Allg. Lokal-Str.		118,—	Hohenlohe-Werke	180,—
Gr. Berl. Str.		134,—	Humboldt-Masch.	190,75
Magdeburger Sir.-B.		147,—	Ilse-Bergbau	345,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.		—,—	Kahla-Porzellan	—
Orientbahn		—,—	Kaliw. Aschersleben	392,—
Schiffahrts-Akt.:			Körbisd. Zucker-Akt.	371,—
Hamb. Paketfahrt		172,50	Kyffhäuserhütte	159,—
Hambg.-Südamerika		248,—	Lahmeyer u. Co.	186,75
Hansa-Dampfschiff		367,—	Lauchhammer	300,—
Nordd. Lloyd		171,—	Laurahütte	205,—
Banken:			Lingel. Erfurt	—,—
Bank für Thür.		160,—	Linke u. Hofmann	339,—
Berl. Handelsges.		160,—	Ludwig Loewe u. Co.	276,—
Comm u. Diskontobank		170,—	Lothringer Hütte	274,—
Darmstädter Bank		157,75	Mannesmannröhren	334,—
Dess. Landesbank		130,—	Maschinenfabr. Buckau	273,—
Deutsche Bank		278,—	do. Cario Hes.	196,—
Diskonto-Comm.		201,75	do. Kokswerke	238,—
Dresdner Bank		178,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	273,—
Credit-Anst. Leipzig		172,25	Orenstein u. Koppel	268,—
Mitteld. Kreditbank		156,—	Phönix-Bergb.	369 —
Privat-Bank		173,—	Rheinisch-Westf. Vorz.	260,—
Nationalbank		142,50	Rhein. Stahlwerken	301,—
Oesterr. Kredit		94,—	Riebeck. Montan	304,25
Reichsbank		147 1/8	Rombacher Hütten	271,75
Industrie-Aktien:			Rositzer Braunk.	330,—
Schultheiss-Brauerei		256,—	Rositzer Zucker	218,—
Akt. f. Anilin		353,—	Sangerhäuser Masch.	415,—
Allgem. Elektr.-Ges.		362,25	Hugo Schneider u. Co.	290,50
Ammendorfer Papierf.		560,—	Schuckert u. Co.	154 —
Anhalter Kohlenw.		253,—	Siemens u. Halske	357,—
Annaberger Steingut		324,50	Stettiner Chamotte	300,—
Badische Anilin		466,—	Stettiner Vulkan	213,—
Bergmann-Elekt.-Akt.		230,50	Stollberger Zink.	240,—
Berl. Masch.-Bau		338,—	Strals. Spielkarten	327,—
Bismarckhütte		388,50	„Terra", Samen-A.-G	329,—
Bochumer Gußstahl		270,—	Thale-Eisenhütte	374,—
Chem. Fabrik Buckau		269,25	Tripis-Akt.-Ges.	172,50
Chem. Grieshein		312,—	Türkische Tabakregie	800,—
Chem. v. Heyden		312,50	Ver. Köln-Rottweiler	250 —
Consolidation Schalke		833,—	Glanzstoff Elberf.	662,—
Crölwitzer Papierfabr.		—	Wegelin u. Hübner	175,—
Daimler-Motoren		230,50	Wersch.-Weissenf. Brk.	—
Deutsch-Luxemburg		276,—	Westeregeln-Akkal	658,—
			Wittener Gußstahl	80,—
			Wrede-Mälzerei	135 —
			Zeitzer Masch.	415,—
			Zellstoff Waldhof	273,50
			Otavi-Minen	80,—

Tendenz: behauptet.

Haternotierungen:

Berlin, 21. Mai. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mk. loko ab Speicher frei Wagen —,— loko ab Bahn sofortige Abladung ab Abladestationen 3380—3400 Mk. Tendenz behauptet.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 21. Mai. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer	1325/1375	Banca-Straits-Zinn	—
Elektrolytkupfer	—/—	Zinn	
Orig.-Hütten-Weichblei	500/525	99% Hütten-Zinn	500
Remelzlg-Platten-Zink	550/575	99% Rein-Nickel	—
Hütten-Rohzink	550	Antimon-Regulus	400
Orig.-Hütten-Aluminin.	2900/3000		

*

Produktenbericht. In Hafer ist heute etwas mehr Umsatz am Markte. Doch blieben die Preise bei Teilsätzen im allgemeinen wenig verändert. Pferdebohnen werden bei sehr billigen Preise als gutes Kraftfutterersatzmittel für Hafer gekauft. In Erbsen hält das dringende Angebot an. Grüne aber nur schwer verkäuflich. Für Peluschken, Wicken und Lupinen besteht auch ziemliches Angebot. Doch kommt es zu gar geringfügigen Abschlüssen. Weiter: Rogenschaum.

Wirkung Stimmungsbild. Der neuerliche starke Rückgang der ausländischen Devisenkurse, den man in der Hauptsache den Käufen Amerikas in deutschen Marknoten in Verbindung mit bewirkte an der Börse zum Teil ein weiteres Nachgeben der Kurse. Doch setzte sich später wiederum eine Erholung durch, wofür die Auffassung maßgebend war, daß die Senkung des Markkurses sich mit der Zeit doch von günstigem allgemeinem Einfluß auf das wirtschaftliche und Erwärbungsleben Deutschlands erweisen würde. Am stärksten gaben ausgesprochen Valutawerte, wie Baltimore u. Ohio, Deutsche Ueberseeische Tabakaktien und Kolonialwerte im Kurse nach, während bei den übrigen Papieren sich die Rückgänge zumeist auf 10 Prozent hielten und vereinzelt auch, wie bei einzelnen Montanfahrtswerten, Elektro- und Industriepapieren Kursbesserungen eintraten. Einheimische Rentenwerte lagen fast und speziell unverändert. Ungarische und Mexikaner waren etwas nachgebend. Das Geschäft bewegte sich wegen der bevorstehenden Ferienwochen und Verkehrsunterbrechung in ganz engen Grenzen. Die Tendenz bleibt morgen geschlossen.

„H. 3." Sportberichte

Rennen zu Hamburg-Großborstel

1. Eröffnungsrennen: 1. Leichtsinn (Sa... 2. Wellenschaum (Zimmermann), 3. Goldstrom (Pflüger), 4. Sieg 13. — **2. Winterhuder Rennen:** 1. Widerstand (Bre... 2. Leutnant (Blume), 3. Harmonie (Bleuler). Toto: 15, 12... Ferner liefen: Seebrügge, Lerche. — **3. Preis von Ma...** 1. Tango (Brown), 2. Hexenkind (Blume), 3. Gr... (Schläfke). Toto: 86, 26, 25. Ferner liefen: Begräbnis, ... Vollmer. — **4. Amsind-Memorial:** 1. Bannwart (Bre... 2. Georgios (Schmidt), 3. Heuchelei (Brown). Toto: 35, ... liefen 3. — **5. Jungfern-Rennen:** 1. Sittard (Pflü... 2. Armin (Schläfke), 3. Occulta (Böttcher). Toto: 17. Fer... liefen 3. — **6. Borsteler Ausgleich:** 1. Herfenier (Pflü... 2. Florett (Danef), 3. Refrut (Stange). Toto: 18, 14, ... Ferner liefen: Siebenschläfer, Flamingo, Sierra. — **7. R... stedter Ausgleich:** 1. Leichtsinn (Stange), 2. Fr... (Bleuler), 3. Defizit (Rastenberger). Toto: 33, 21, 24. Fer... lief: Ahnfrau.

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Vorort

Pfingstsonntag, 23. Mai, Sammlung für die Preußische Gesellschaft für Bibelgesellschaft.

Pfingstmontag, 24. Mai. Sammlung für die Heidenmission.

Abkündigungen: Kindergottesdienst = K. Beichte und Abendmahl = A. Bibelstunde = B.

U. L. Frauen: 23. 5.: 8 Knoblauch; 10 (A., Chorgesang) Mu... 10½ Klinkt, Magdeburger Str., Knoblauch. 24. 5.: 8 Knoblauch; 10 Fritze.

Ulrich: 23. 5.: 8 Thiede; 10 (A.) Heintze. 24. 5.: 8 Förster.

Ulrich-Ost: 23. 5.: 10 Betscal, Kronforder Str., Nitz. 24. 5.: 10 Betscal, Kronforder Str., Eitz.

Moritz: 23. 5.: 8 Keller, 10 Voigt. — Hospital: 10 Bo... 24. 5.: 8 Voigt; 10 Keller. — Hospital: 8¾ Keller.

Laurentius: 22. 5.: 8 Meinhof; 10 (A.) Förster; 11½ ... Wagner; 5 (lit. Vesp.) Wagner. 24. 5.: 8 Hagemeyer; 10 Wa...

Stephanus: 23. 5.: 8 Hagemeyer; 10 (A.) Meinhof; 11½ ... Hagemeyer. 24. 5.: 8 Wagner; 10 Hagemeyer. Sonnabend, 23. 5.: 10 Weidenplan 4 Schmidt.

Paulus: 23. 5.: 8 Bach; 10 (A.) v. Broecker; 2 (K.) v. Broecker. 24. 5.: 8 v. Broecker; 10 (A.) Haberland; 11½ (K.) Haberland; 8 abds. Jugendverein Broecker, Mittw. 8 Turnen, Freit. 8 Jünglingl.-Ver. 24. 5.: 8 Haberland, Dienst. 8 B., Sonnab. 8 Jungfr.-Ver. I 23. 5.: 8 Jungfr.-Ver. I. 3 Feiertag 7½; 8 Gemeinsch. St. Bach.

Georgen: 23. 5.: 8 Witte, 10 (A.) Gieseke; Riebeckstift 10 Bo...

— 24. 5.: Blindenanstalt 10 Hellmann.

Johannes: 23. 5.: 8 Baersch; 10 Tischer. 24. 5.: 10 Bach.

Stadtmission: 23. 5.: abds. 8½ Evangelisation Winterberg, nachm. 4½ Waldgottesdienst Winterberg. Dienst. 8¼ Gemeinschaftsstunde.

Diakonissenhaus: 23. 5.: 10 Harnisch. 24. 5.: 10 Knak.

Domkirche (ref. Gem.): 23. 5.: 10 (Kirchenchor) Lang; 6 Jugendgottesdienst Josephson. 24. 5.: 10 Baumann; 11¾ (K.) Baumann; 6 Lang. — Jugendv. Sonnt. 7½ u. Mittw. 8. — Jungfr.-V., allt. Dienst. 8, jüng. Abt. Mont. 8. — Bibl. Bespr. Dienst. 8. — Frauenchor Donnerstag 8.

Ev. luth. Gemeinde, Stadtmissionshaus (Weidenplan 4), 23. 5.: 9½ Beichte, 10 Predigt u. hl. Abendmahl Herr Pastor Wottrich. 24. 5.: 10 Gottesdienst.

Christl. Gemeinschaft i. d. Landeskirche, Margaretenstr. 1. Pfingstsonntag abds. 8¼ Uhr: Evangelisationsversammlung; Montag abds. 8¼ Uhr: Vereinig. junger Mädchen; Donnerstag abds. 8¼ Uhr: Bibelstunde.

Gemeinde getaufter Christen, Ludw.-Wachter-Str. 29. Montag 9½ Brauns-Nieder-Planitz; nachm. 4 Festpredigt: Sem.-Leiter J. Janssen-Hamburg, anschließend 7 Liebesmahl. 24. 5.: 8 Bibelversammlung. Saane-Erzgebirge. Schild-Magdeburg. Schmölln.

St. Norbertkirche (Halle-Giebichenstein): Pfingstsonntag, Pfingstmontag: 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt, 2 Uhr Andacht. An den Wochentagen im Mai 7 Uhr hl. Messe. Montag, Mittwoch, Freitag im Mai abds. 7½ Uhr Maiandacht.

Giebichenstein. Bartholomäus: 23. 5.: 8 Kunitz; 10 (A., Kirchenchor) Hellwig. — K. fällt aus. 24. 5.: 10 Gutschmidt. Freit. 8 Uhr B. Pestalozzistraße 4 Hellwig.

Cröllwitz: 23. 5.: 10 (A.) Kunitz. K. fällt aus. 24. 5.: 10 ...

Trotha: 23. 5.: 10 Jerrick; 11½ (K.) derf. 24. 5.: 10 Bach.

Lettin: 23. 5.: 8½ Hilfspred. Meinert; 24. 5.: 11 derf.

Tälau: 23. 5.: 11 Hilfspred. Meinert. 24. 5.: 8½ derf.

Diemitz: 23. 5.: 9½ Petzold. 24. 5.: 9½ Petzold; 10½ (K.) ...

Ammendorf: 23. 5.: 10 P. Balthasar. 24. 5.: 10 P. ...

— **Beesener Kirche:** 23. 5. u. 24. 5.: 10 Uhr P. Balthasar.

Radewell: 23. u. 24. 5.: 10 Uhr Festgottesdienste, Superintendent Bodenstein.

Passendorf: 23. 5.: Frühgottesdienst 8½ Uhr. 24. 5.: Festgottesdienst 10½ Uhr.

Hauptschriftleiter: Heinrich Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Böttcher; für politische Nachrichten, Handelsteil, wirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellhorn. Anzeigenteil: Paul Kerber; sämtlich in Halle. Otto Thiele, Druck und Verlag, Buchdruckerei, Berlag der Hallischen Zeitung, Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gw:3:1-171133730-16872166X192005221-11/fragment/page=0004